

Ziele der europäischen Politik

Von Professor Nicholas Murray Butler, Präsident der Columbia-Universität, New York, Direktor der Carnegie-Stiftung.

(Aus einem Gespräch.)

Eine Ueberfülle von Problemen, die dringend der Lösung harren, beherrschen heute die europäische Politik. Es sind Probleme wirtschaftlicher und kultureller Art, die eng miteinander verknüpft sind. Sie bestehen in Ursache und Wirkung, beinahe gleichmäßig für alle Völker und Rassen des europäischen Kontinents. Die Frage der Lösung all dieser Probleme beschäftigt Amerika vielleicht in nur wenig geringerem Maße als die europäischen Nationen. Weit über das wirtschaftliche Interesse hinaus, das Amerika am Wohlstand Europas hat, sind es ideale Gründe, die diese Einstellung bedingen.

Ich bin der Ansicht, daß die Lösung der wirtschaftlichen und kulturellen Probleme Europas

nur von einem Punkte aus einsehen kann: von der absoluten Befriedigung Europas,

einer ganz engen internationalen Bindung der europäischen Nationen untereinander. Diese Befriedigung ist nicht allein damit erreicht, daß man durch internationale Vorträge eine Kriegsmöglichkeit für die Zukunft ausschließt. Gewiß sind solche Vorträge der Grundstein der Befriedigung. Der Kellogg-Pakt wie die Arbeit des Völkerbundes sind meiner Ueberzeugung nach wohl geeignet, diesen Frieden für die Zukunft zu sichern. Auf dieser Grundlage der Verträge aber muß jetzt erst das Gebäude gebaut werden, das wir uns als das neue Europa denken,

ein Haus, in dem in Arbeits- und in Lebensgemeinschaft die Völker Europas wohnen.

In diesem Gebäude muß der Verkehr ungehindert sein, es muß völlige, durch keine verschlossene Tür gehemmte Handelsfreiheit herrschen! Wie wäre eine Prosperität Europas in Zukunft sonst möglich? Wie könnte eine Nationalisierung der europäischen Produktion, die mit der Welt Schritt hält, anders stattfinden?

Die Schwierigkeiten, die diesem Plan aller vernünftigen Wirtschaftler Europas wie der ganzen Welt heute noch entgegengekehrt werden, sind sachlich heute nicht mehr zu begründen. Die Konzentrierung der internationalen Wirtschaft ist so weit vorgeschritten, der Raum der Wirtschaft hat sich so erweitert,

daß Europa in absehbarer Zeit jene Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt verlieren würde, wollte es seine Zollgrenzen nicht aufgeben.

Die Schwierigkeiten, die dem Plan einer freien europäischen Wirtschaft jetzt noch entgegengekehrt sind, sind im Grunde nur sentimentaler Natur. Zahlreiche politische Gruppen fürchten, daß die nationale und kulturelle Autonomie der einzelnen Länder verloren gehen könnte bei einer solchen wirtschaftlichen Vereinheitlichung. Welches Beispiel könnte beweiskräftiger sein, als das der Vereinigten Staaten von Amerika, um zu zeigen, daß eine solche Vereinheitlichung der Wirtschaftskräfte ohne Verletzung der kulturellen Autonomie der einzelnen Länder durchgeführt werden kann und werden mußte, wenn U.S.A. seine aufstrebende Entwicklung nehmen sollte.

Derart sentimentale Gründe gegen die Vereinigten Staaten von Europa können nur so lange aufrechterhalten werden,

wie eines in Europa fehlt: das gegenseitige Wohlwollen, ein echtes, sehr hartes Vertrauen der europäischen Völker zueinander.

Deshalb muß das Ziel der europäischen Politik für die Folge vor allem sein: jeder Staatsmann, jeder Politiker muß um der europäischen Zukunft willen in seinem Lande dieses Vertrauen, dieses gegenseitige Wohlwollen zu fördern und auszubringen suchen. In diesem Kampfe um die europäische Zukunft müssen ebenso die Gründe der Vernunft wie auch der Ethik ins Feld geführt werden. Beide werden, richtig angewandt, von stärkster Schlagkraft sein!

Je mehr sich Europa dem oben dargestellten Ziele nähert, (ein gut Teil Weg ist ja schon gegangen!), um so eher wird auch die Grundlage geschaffen werden für die Lösung all der brennenden Probleme, die heute jedes Land in Europa niederdücken: eine wirtschaftliche Verbesserung der Gesamtlage, geschaffen durch die Vereinheitlichung, ermöglicht erst wirksame soziale Maßnahmen, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Verbesserung des allgemeinen Lebensstandards, Finanzierung kultureller Pläne. Niemals aber können alle diese Probleme eine Lösung finden, solange man das Uebel nicht an der Wurzel packt: Beseitigung des wirtschaftlichen Föderalismus der europäischen Länder, der aller europäischen Fortschritt und allem europäischen Volk die Hände fesselt.

Westarps Abgabe an Hugenberg

Aber keine grundsätzliche Unterstützung der Regierung Brüning

Bekanntlich hatte Graf Westarp als Führer der Fraktionsmehrheit, die im Kampf gegen den Parteiführer Hugenberg und den Parteivorstand steht, auf Donnerstagabend eine Sitzung einberufen, in der die Stellungnahme zu dem gegen die Fraktionsmehrheit gerichteten Beschluß des deutschnationalen Parteivorstandes festgelegt werden sollte. Wie wir erfahren, haben an dieser Sitzung achtundzwanzig Personen teilgenommen. Das Ergebnis dieser bis in die tiefe Nacht dauernden Besprechung kann dahin zusammengefaßt werden,

daß die Fraktionsmehrheit entschlossen ist, die verfassungsmäßig gewährleistete Freiheit der Abstimmung ausrechnerhalten, auch wenn sich die Abstimmung gegen den Willen des Partei-

vorstehenden und des Fraktionsführers richten sollte.

Der Brief des Grafen Westarp zeigt, daß nicht nur innerhalb der deutschnationalen Volkspartei und ihrer Fraktion im Reichstag eine Klüft der Meinungen besteht, sondern darüber hinaus, daß auch die Fraktionsmehrheit, die, entgegen der vom Parteiführer ausgegebenen Parole, für das Kabinett Brüning-Schiele stimmte, keineswegs einig ist. Es hat sich herumgesprochen, daß die Besprechungen zwei Auffassungen erkennen ließen. Da war eine Richtung, die am liebsten sofort den Bruch mit der Gesamtpartei vollzogen hätte. Diesen Weg wollte ursprünglich Graf Westarp selbst gehen. Er drang aber mit dieser Absicht nicht durch. Die Mehrheit der anwesenden deutschnationalen Abgeordneten war der Meinung, daß man nicht voreilig handeln solle und man, wenn schon einmal der Bruch vollzogen werden müsse, dann die Verantwortung für diese Entwicklung dem Parteiführer zuschieben müsse. Dementsprechend stellt das Schreiben des Grafen Westarp an Hugenberg eine Kompromißlösung zwischen diesen beiden Auffassungen dar.

Auch die Demokraten werden gegen den Panzerkreuzer stimmen

Vor Zusammenritt des Reichstages hielt die demokratische Reichstagsfraktion eine Sitzung ab, in der die politische Lage erörtert wurde. Bei den bevorstehenden Erörterungen über den Panzerkreuzer B wird der demokratische Statredner im Reichstag zum Ausdruck bringen, daß die Reichstagsfraktion der Demokraten die erste Baurate für den Panzerkreuzer ablehnt. Im Hinblick auf das Osthilfeprogramm der Regierung Brüning steht die demokratische Reichstagsfraktion grundsätzlich auf dem Standpunkt, daß aus nationalpolitischen Gründen eine wirksame Osthilfe durchgeführt werden müsse. Was die jetzigen Pläne der Reichsregierung anlangt, so komme es darauf an, ob sie durch die demokratische Mitarbeit so gestaltet werden könnten, daß sie für die demokratische Reichstagsfraktion annehmbar seien. Es müsse in diesem Programm vor-

allem eine klare Zweckbestimmung für die zu bewilligenden Gelder vorsehen sein. Eine unbestimmte Ermächtigung über die Verwendung könne nicht gegeben werden. Bei der Lastenentlastung werde gefordert werden müssen, daß mit der Senkung der Realsteuern begonnen werde. Eine solche Senkung nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für das Gewerbe und die Industrie erfolge. Außerdem müsse der Beginn der Realsteuersenkung im Osten eine Senkung der Realsteuern im ganzen Reich nach sich ziehen. Die vorgesehene Umschuldung müsse ohne neue Steuern und ohne Gefährdung der geplanten Steuersenkung. Die Umschuldung dürfe weiter nur erfolgen bei noch lebensfähigen Betrieben und schließlich müßten abolut neutrale Stellen über die Bewilligung der Gelder entscheiden.

Am Montag wieder Verhandlungen in Sachsen

Oberbürgermeister Dr. Blüher hat die Anregung Dr. Dehnes zur Bildung eines Beamteneinkommens in die übrigen bürgerlichen Parteien weitergeleitet. Der Vorschlag Dr. Blüher, das alte Kabinett wiederzuwählen, soll bei den Deutschnationalen, dem Landvolk und den Nationalsozialisten keine Gegenbelege gefunden haben. Eine interfraktionelle Besprechung der bürgerlichen Parteien ist für Montag in Aussicht genommen.

Die Nationalsozialisten werden für Schieck stimmen

Die nationalsozialistische Landtagsfraktion wird, wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, bei der Neuwahl des Ministerpräsidenten am Dienstag wiederum, wie bisher, dem Präsidenten Schieck ihre Stimme geben. Sollte die Wahl dann nochmals ergebnislos verlaufen, ist sie entschlossen, dem in der übernächsten Sitzung zur Abstimmung kommenden Auflösungsantrag der beiden Linksparteien zuzustimmen, womit eine Mehrheit für die Auflösung des Landtages vorhanden wäre. Heute findet in Bayreuth der nationalsozialistische Parteitag statt, auf dem sich die sächsischen Landtagsabgeordneten treffen und alle Maßnahmen besprechen werden, die im Falle einer Auflösung des Landtages notwendig würden.

Der Reichsbahnrat fordert Tariferhöhung

Der in Berlin versammelte Reichsbahnrat hat mit großer Mehrheit beschlossen, den Antrag der Reichsbahn auf Erhöhung der allgemeinen Wagenladungsstarke um 8 bis 9 Prozent abzulehnen. Dagegen wurde die beantragte Erhöhung der Stückgut- sowie Express- und Gepäckbeförderungsstarke gutgeheißen. Da aber diese Erhöhungen nicht den von der Reichsbahn für nötig gehaltenen Mehrertrag von 150 Millionen Mark erbringen, ist der Reichsbahnrat trotz großer Bedenken zu der Auffassung gekommen, daß durch eine Erhöhung der allgemeinen Personentarife der noch fehlende Mehrertrag ansgebracht werden muß. In welcher Höhe im einzelnen die Erhöhung der Personentarife

einließlich auch der Arbeiterwochenkarten und Monatskarten vorgenommen werden soll, läßt sich noch nicht übersehen. Die Reichsbahn-Gesellschaft ist bekanntlich der Ansicht gewesen, daß eine Erhöhung der Personentarife über das bisherige Maß hinaus nicht mehr tragbar sei.

Keine Aufhebung des Stahlhelmsverbots für Rheinland und Westfalen

Der Reichsminister des Innern hat dem preussischen Ministerpräsidenten und dem preussischen Innenminister mitgeteilt, daß er auf die für den 1. Mai in Aussicht genommene Besprechung über die etwaige Aufhebung des Stahlhelmsverbots für Rheinland und Westfalen verzichte. Dr. Wirth begründet diesen Verzicht u. a. mit einer Rede des Stahlhelmführers Dösterberg in Magedeburg, in der es sich, daß der Stahlhelm zu Männern wie Curtius und Wirth kein Vertrauen habe.

Berlin auf der Geldsuche

Auf der Suche nach weiteren städtischen Einnahmen sah die Hausdalausgabe der Berliner Stadtverordnetenversammlung einen Beschluß, durch den der Magistrat erlaubt wird, bis zur zweiten Sitzung des Stadts eine Prüfung darüber anzustellen, ob eine Steuerordnung für Ausnahmegergennehmungen über 5 Stadwerke hinaus (Ausstockungssteuer) von der Stadt eingeführt werden könne, und welcher Ertrag hieraus zu erwarten wäre. Der Anschlag für Hausdalausgaben wurde von 21.000 auf 40.000 Mark erhöht.

Goldfunde in Waldeck

Nach Meldungen aus Cassel bestätigt es sich, daß am Eisenberg bei Corbach in Waldeck, wo am vergangenen Sonntag eine schwere Unwetterkatastrophe herrschte, Berggold gefunden worden ist. Der Regierungspräsident von Cassel hat dem Naturkundemuseum in Cassel ein wertvolles Stück des in diesen Tagen gewonnenen Goldes überwiesen. Er selbst hat es von dem Leiter der Mutungen im industriellen Rauschen erhalten. Es wird weiter mitgeteilt, daß das Gold jetzt mit komplizierten Maschinen nach kalifornischem Muster aus der nordhessischen Erde gewonnen werden soll, und daß man sich einen reichen Ertrag des wertvollen Minerals verpricht. (D. Schriftl.)

„Hoher“ Besuch beim Völkerbund

„Graf Zeppelin“ stattete gestern dem Völkerbund einen Besuch ab. In geringer Höhe überflog das Luftschiff in langsamer Fahrt die Glasveranda des Völkerbundsekretariats, in der gerade der Sicherheitsausschuß über das Krieg-

verpflichtungsabkommen beriet. Die Aufmerksamkeit war im Ausschuss für einige Zeit stark von den sachlichen Beratungen abgelenkt, da die Mitglieder sich mehr für den Juppelin interessierten. Das gesamte Personal des Völkerbundsekretariats hatte sich auf den Terrassen versammelt, um dem hier selten erlebten Anblick beizuwohnen. Nach einer Runde über der Stadt verschwand das Luftschiff in Richtung Lausanne.

Ein Tendenzurteil ohne objektive Rechtsgrundlage

Die Strafkammer des Bromberger Bezirksgerichts fällte, wie schon in einem Teil der gestrigen Nummer berichtet, das Urteil gegen drei deutsche Flabinder, die wegen „Wechselbündel“ vor Gericht standen. Es wurden verurteilt: Studentat Dr. Burghard zu einem Jahr Gefängnis; Jugendpfleger Meiske wegen Wechselbündel drei Monate Gefängnis und wegen Fahvergehens 1200 Zloty Geldstrafe; Elektromonteur Freuß drei Monate Gefängnis und wegen Fahvergehens 800 Zloty Geldstrafe.

Der Deutsche Flabinderbund in Polen ist in Bromberg eingetragener Verein gewesen. Die Wechselbündel wurde darin erblid, daß der Bund eine ideale Arbeitsgemeinschaft mit entsprechenden Organisationen im Reich angeknüpft hatte. In den Wanderfahrten, die Studentat Dr. Burghard nach Kongresspolen veranstaltete, die dem Besuch deutscher Siedlungen und der Unterweisung ihrer wirtschaftlichen Lage galten, sah das Gericht den Versuch zur Spionage. Weiter beschuldigte die Anklage die Flabinder des unerlaubten Grenzübertritts, weil sie auf dem Wege über Danzig nach Deutschland gereist sind. Tatsache ist, daß die Polnisch-Danziger Grenze mit einem polnischen Personalzettel überfritten haben. Die Verteidiger haben gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Prügeleien im Prager Parlament

Im Prager Abgeordnetenshaus kam es gestern bei der Abstimmung über das Arbeitslosgesetz zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten, die mit einer Prügelei endeten. Schließlich gelang es den Ordnern, mit Hilfe der Parlamentarische Kampfkraftigen von einander zu trennen. Am Schluß der Abstimmung verabschiedete sich der Kommunist Stern dadurch, daß er sich auf den sozialdemokratischen Abgeordneten Ras setzte und ihm unter dem Vorwand, daß er ihn nicht kenne, die ihm erteilte Ohrfeige kräftig zurückgab. Damit war auch das Beenden an einer neuen Prügelei gegeben. Der Parlamentarische gelang es erst nach längeren Bemühungen, die Ruhe wieder herzustellen.

„Stürmische“ Bearüzung Unamunos in Madrid

Als ein Erlumpfador des Geistes kehrte vor einem Vierteljahr Miguel Unamuno nach Salamanca zurück, wo er vor seiner Verbannung Professor gewesen war. Als kämpferischer Revolutionär empfing ihn jetzt Madrid, und es ist eine bittere Tragik im Leben des greisen Gelehrten, daß seine Rückkehr in die Hauptstadt den Aufsturz zu blutigen Kämpfen zwischen Monarchisten und Republikanern bildete. Der Kampf gegen den Thron ist Unamunos Lebensinhalt geworden, seitdem der Philosoph Politiker wurde. Noch sind die von der Diktatur übernommenen Machtmittel unerschlittert in der Hand der Regierung, und je stürmischer die Kundgebungen gegen die Monarchie werden, um so entschlossener wird die Regierung diese Machtmittel zur Gegenwehr einsetzen. Man muß um der Gerechtigkeit willen betonen, daß Unamuno der Madrider Volkzeit keine Veranlassung zu dem Einschreiten mit der Waffe gegeben hat, das eine große Zahl von Verbundenen kostete. Das allerdings die stürmischen Demonstrationen der Madrider Bevölkerung für den heimkehrenden Philosophen zugleich Kundgebungen gegen die Monarchie waren, das ist keine Schuld Unamunos, sondern ein Ausdruck des Verhängnisses, das gegenwärtig auf Spanien lastet.

Sowjetrußland kompromittiert sich in Amerika

Der Vizepräsident von New York machte die ungeheuren Aufsehen erregende Mitteilung, daß er Beweise für die Direktiven amtlicher Sowjetrußland Stellen an die amerikanischen Kommunisten und kommunistische Agenten zur Anschaffung eines Aufstandes der Arbeiter gegen amerikanische Unternehmen in den Händen habe. Es wurden zahlreiche Briefe in russischer Sprache an kommunistische Agitatoren gefunden, in denen genaue Anweisungen für deren Tätigkeit in den Vereinigten Staaten enthalten sind, und zwar in ihrer Eigenschaft als Angestellte der Amtorg-Handelsgesellschaft. Die Briefe enthalten ferner Ueberweisungen von Geldern für amerikanische Mitglieder der kommunistischen Partei. Diese Gelder sollten der Anschaffung einer Rebellion gegen amerikanische Unternehmen dienen.

In China spielen sie wieder Krieg

Der seit Wochen erwartete Zusammenstoß zwischen den ausländischen Streitkräften in Nordchina und den Truppen der Peking-Regierung hat gestern stattgefunden. An der Frontlinie Tschang-Kiang-Chienbahn wurden die Feindlichkeiten in großem Umfang eröffnet.

Wettervorhersage.

Zunächst noch heiter und warm, im späteren Verlauf Bewölkungszunahme und örtliche Gewitterneigung. Schwache Luftbewegung betändelnder Richtung.

Rein
Nad
Dresd
desen
einichl
Zahl
um ru
60 000
der S
ster M
weit u
berat
darin
der W
wirkli
fordern
Finanz
Kapital
Berufe
größer
in Han
Lage i
den. S
Auslan
teilung
mehr
zung u
Betrie
arbeit
Produ
stellung
daraus
Angeho
halten.
in e i
erneut
Die
beträgt
der M
Kriegen
Vollstän
ten wu
Stellung
mittlung
gefördert
hilfen
Som
Dm
Am
die M
benach
Die
Einic
und W
bis nach
von 10
5-Min.
Berfch.
Einle
mit von
Minuten
20-24 U
bis 24 U
babhof
von 10-
Berfch.
Einle
Erich v
trieblich
von 18-
Berfch.
5-7.30 U
Minuten
Einle
und W
bis 8 U
und von
Berfch.
Bahnhof
bei von
Berfch
schen Co
Betriebs
Berfch
Einle
mit von
Betrie
und von
bei Bed
Einle
Erich v
20-Min.
Berfch.
Min- (1
Die
linien m
benach
gegeben.
Süh
In
alten S
über 20
ter ist
mittlung
leid ob
beten.
Festn
An d
wurde
Etraßen
Frau de
Gandba
tete und
Am Gec
Krima
jährig
hatte Ne
offenbar